

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteine & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gesemann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Das „Armee-Verordnungs-
Blatt“ veröffentlicht nachstehende Kabinettsordre,
betreffend das Tragen von Zivilkleidern seitens
der Offiziere bei dienstlichen Veranlassungen:

„Auf den Mitgehaltener Vortrag genehmige
Ich, daß die zur Militär-Turnanstalt komman-
dierten Offiziere bei ihren dienstlichen Übungen
Nahschützen im Gelände Zivil- oder Jagdanzüge,
sowie die zur Landesaufnahme kommandierten
Offiziere während der Dauer der Feldar-
beiten Zivilkleider tragen dürfen. Das Kriegs-
Ministerium hat hiernach das Weitere zu ver-
anlassen.“

Neues Palais, den 14. Mai 1894.

Wilhelm.

Die Worte, mit denen Prinz Heinrich
von Preußen die Wanderausstellung der Deutschen
Landwirtschaftsgesellschaft eröffnet hat, und die
Erwiderungsrede des landwirtschaftlichen Ministers
Herrn von Heyden werden auf die Vertreter der
Landwirtschaft, die gegenwärtig in Berlin an-
wesend sind, aber auch auf die Abwesenden ihres
Eindrucks nicht verfehlen. Während der Prinz,
der zugleich den Gruß und die besten Wünsche
des Kaisers für die Ausstellung brachte, in ihr
den Beweis erbrachte, daß trotz der schwierigen
Landwirtschaft, der deutsche Landwirt nicht mut-
los verzagen, sondern seinen für das Vaterland
unentbehrlichen Beruf zu fördern bestrebt sei, gab
auch Herr von Heyden den Rath, der Klagen
genug sein zu lassen, auf die Verhältnisse Rück-
sicht zu nehmen und auszufinden, wo bessere
Hand anzulegen ist. Dabei hat er gleich auf
Zweierlei aufmerksam gemacht: erstens den Rechen-
schuß besser zu brauchen. Je knapper der Gewinn
sei, um so schärfer müsse dieser Sticht geführt
werden. Und zweitens müsse die Düngever-
schwendung aufhören. Gerade hier sei viel ge-
schändet worden. Wir meinen, diese Mahnungen
werden den besonnenen Landwirten — und wir
nehmen an, daß sie trotz aller Agitationen auch
heute noch die Mehrheit bilden im landwirtschaft-
lichen Berufe — nützlich und ersprießlich sein,
als die beständigen Agh- und Wehrufe und der
Pessimismus derer, die nicht genug grau in grau
malen können, als ob die Landwirtschaft rettungs-
los dem Untergang preisgegeben sei, während,
wie Prinz Heinrich mit Recht hervorhob, gerade
diese neue Ausstellung den besten Beweis dafür
liefern, wie viel Kraft und erfolgreiche Arbeit jetzt
noch durch unsere Landwirtschaft repräsentiert
wird. Die Rede des landwirtschaftlichen Mini-
sters bei der Eröffnung der Wanderausstellung
reicht sich ebenfalls ferner vor einigen Jahren in
Sippenkreisen gehaltenen Rede an, in der er auch
die Landwirtschaft ermahnte, mit dem Vertrauen auf
den alten Agh der Landwirtschaft auch das
Vertrauen in die eigene Kraft fest und hoch zu
halten. Wenn die zahlreich zu der Eröffnungs-
feier erschienenen Landwirte dieses Ver-
trauen wieder mit in die Heimat zurücknehmen
wollten, so würde das ein Erfolg sein, der noch
weit über den unmittelbaren Erfolg der Aus-
stellung selbst hinausreichte.

— Aus Thüringen wird der „Nat.-Ztg.“ ge-
schrieben:

„Der sozialdemokratische Sieg bei der Er-
wahl in Plauen veranlaßt die freisinnige
„Eisenacher Tagespost“ zu dem offenen Ge-
ständnis, daß der Sozialdemokrat bei der Stichwahl
freisinnigen Zuzug erhalten habe, da in den
breiten Massen der freisinnigen Wählerkreise sich
immer mehr die Ueberzeugung geltend ver-
setzt, daß die Sozialisten verwerflich und unzuverlässig
Mittelreiter auf politischem Gebiet seien. Das ge-
meinschaftliche Verhalten aller rechtsstehenden
Elemente zwingt in der Stichwahl, starr nach
der äußersten Linken „abzumarschieren“. Gerade
jetzt, wo die Berliner freisinnige Presse täglich in
schärfster Weise gegen den sozialdemokratischen
Bier-Bohlokt zu Felde zieht, ist dieses cynische
Bekennen des Eisenacher Freisinnigen-Organs be-
sonders bemerkenswerth; es bestätigt mit klaren
Worten, was bisher wenigstens immer noch An-
standshalber bestritten wurde. Es ist aber zu
bezwweifeln, daß für den Freisinn die allerdings
sehr werthvolle Bundesgenossenschaft sich als
ebenfalls „unzuverlässig“ erweisen wird. Die nächsten
Reichstagswahlen schon werden es erweisen, daß
mit den wachsenden sozialdemokratischen Erfolgen,
gerade in ehemals freisinnigen Kreisen, die „Zu-
verlässigkeit“ der Nichtfreiheit des Siegers
wachsen wird, welche den freisinnigen Kandidaten
ohne Sang und Klang in den Kreisen die Thüre
schließt, in denen sie jetzt noch als „Großpensionäre“
der Sozialdemokratie ihr Dasein fristen.“

— Auf die Tagesordnung für die Signa-
gen der vereinigten Kreisynoden Berlins am 11.
und 12. Juni ist noch nachträglich eine Vorlage
des königlichen Konfessionsrats, betreffend die Ein-
richtung von Fortbildungsschulen in den Fortbil-
dungsschulen gesetzt worden. Sie besteht zunächst
in folgendem Schreiben des Oberkirchenraths an
das Konfessionsrat:

Berlin, den 19. Mai 1894.

Auf den Bericht vom 16. März d. J., be-
treffend die Einrichtung von Gottesdiensten für
die Fortbildungsschüler in Berlin, beauftragten
wir unter Rücksicht der Anlage das königliche
Konfessionsrat, die Angelegenheit bei der bevor-
stehenden Versammlung der vereinigten Kreis-
synoden zur Verathung auf die Tagesordnung zu
bringen, indem wir hierzu Folgendes be-
merken: Mit dem königlichen Konfessionsrat sind
wir darin einverstanden, daß behufs Wahrung
der Würde des Sonntags die Verlegung des
Fortbildungsschulunterrichts auf einen Wochentag
angestrebt werde, auch stimmen wir dem könig-
lichen Konfessionsrat darin bei, daß die Einrichtung
besonderer Gottesdienste für die Fortbildungs-
schüler sich nicht empfiehlt. Dagegen ist uns eine
Meinungäußerung der vereinigten Kreisynoden
darüber erwünscht, ob, wie auch in der kirchlich
geordneten Presse verschiedentlich angeregt worden
ist, uns wenigstens für den Unterricht im Zei-
chen eine Möglichkeit am Sonntag offen zu halten,
durch Einrichtung von Fortbildungsschulen, welche
in den Räumen der Fortbildungsschule bei Be-
ginn derselben durch einen Geistlichen zu halten
wären, ein Ersatz des für die Schüler der Fort-
bildungsschule einrichtenden Gottesdienstes ge-
boten werden kann. Als eine Voraussetzung für
diese Einrichtung müßte allerdings Gewährung ge-
leistet werden, daß die Schüler zu einer pünkt-
lichen und regelmäßigen Theilnahme an diesen
Fortbildungsschulen angehalten würden.

In Abwesenheit des Präsidenten
von der Goltz.

Das Konfessionsrat überfandete „unter Hin-
weisung auf den Beschluß der vereinigten Kreis-
synoden vom 1. Juni 1892“ dem Vorstande Ab-
schrift mit dem Ersuchen, die verlangte Meinungs-
äußerung der vereinigten Kreisynoden bei Gele-
genheit der bevorstehenden Versammlung herbei-
zuführen zu wollen und über das Ergebnis zu be-
richten.

Es ist schwer ersichtlich, wie die von dem
Oberkirchenrat verlangte „Gewährung“ dafür zu be-
schaffen wäre, daß die Schüler zu einer pünkt-
lichen und regelmäßigen Theilnahme an diesen
Fortbildungsschulen angehalten werden.

Wie die „Münchener Allgemeine Zeitung“
mittheilt, hat die historische Klasse der Münchener
Akademie in ihrer letzten Monatsitzung anläßlich
der publizistischen Erörterungen über die Schrift
ihres außerordentlichen Mitgliedes Prof. Dr.
Ludwig „Caligula“ als über einen Mißbrauch
der Wissenschaft ihre Mißbilligung ausgesprochen.

Aus den beim Kultusministerium in
Vollschuljahren eingehenden Bescheiden ist häufig
nicht klar ersichtlich, ob es sich um eine Angelegen-
heit handelt, welche im Bescheidwege im
Ministerium zu entscheiden ist, oder ob eine Ver-
fügung in Frage steht, gegen welche andererseits
Rechtsmittel (Klage im Verwaltungsstreitverfahren
u. s. w.) gegeben sind. Eine Vertheilung der
Fälle der letzteren Art, wenn sie nicht wegen
der allgemeinen Bedeutung des Falles ausdrücklich
aufgegeben wird, belastet die Regierungen durch
Darlegung des Sachverhalts in nicht erwünschter
Weise, führt aber auch häufig dazu, daß die Be-
scheidführer aus Unkenntnis des Instanzenzuges
in Erwartung der ministeriellen Entscheidung
veräumen, das gebotene Rechtsmittel fristgerecht
einlegen. Um dem abzuwehren, sind die Regie-
rungen ermächtigt worden, von der erforderlichen
Berichterstattung abzugehen, wenn aus der Kennt-
nis des Sachverhalts sich ergibt, daß es sich um
eine Angelegenheit handelt, in welcher die Ent-
scheidung nicht dem Minister zusteht, sondern der
Instanzenzug anderweitig geregelt ist. In
Fällen solcher Art ist der Bescheidführer auf
das ihm zustehende Rechtsmittel hinzuweisen und
ohne sachliche Berichterstattung die Bescheide
unter abschließender Mittheilung der erfolgten
Rechtsbelehrung zurückzusenden. Der Minister
behält sich indessen vor, ausnahmsweise sachlichen
Bericht zu erfordern, wenn dies wünschenswert
erscheint.

Kiel, 7. Juni. Der Versuch, das Panzer-
mandergeräth auf hoher See seinen Kohlen-
bedarf einnehmen zu lassen, ist, wie die „Hamb.
Börse“ meldet, begünstigt durch schönes
Wetter und glatte See, südlich der Insel Rango-
land glücklich von Statten gegangen. Der erste
Dampfer traf am Mittwoch Nachmittag voriger
Woche mit 1600 Tonnen Kohlen am Bestimmung-
sort ein und verholte zunächst längs der Küste
des Panzergeräths König Wilhelm, das am Abend
bis Vormittag 480 Tonnen Kohlen übernahm.
Am Donnerstag verholte der Dampfer zwischen
das Panzergeräth Deutschland, das eine ähnliche
Menge bekam, und den Wiso Pfeil. Um Freitag
früh sollte er sich längs der Küste vom Prinzen
Heinrich von Preußen befehligten Panzergeräths
Sachsen legen und auf der andern Seite ein
zweites Schiff erhalten, so daß das Köhler der
Ladung noch an diesem Tage beendigt werden
konnte. Die Kohlenarbeiten bei dem zweiten Dampfer
wurden am 31. Mai Morgens 5 Uhr begonnen
und am Abend 9 1/2 Uhr des gleichen Tages voll-
endet. Von der Ladung dieses Schiffes, 851
Tonnen, erhielten die Panzer Waden und Bayern
sowie Friedrich der Große. Die Uebernahme der
Kohlen erfolgte in Säcken; dieselbe gestaltete sich
bei den Schiffen der Sachsen-Klasse bequemer als
bei den größten Panzergeräths. Zur Entladung
des zweiten Dampfers wurden abzüglich der Ruhe-
pausen 15 Stunden, zur Abgabe der Ladung des
ersten Dampfers etwa 30 Stunden gebraucht.
Während des Kohlenübernehmens spielten an Bord
der Kriegsschiffe, wie dies auf ihnen auch in den
Häfen bei dieser wenig angenehmen Arbeit üblich
ist, die Musikkapellen lustige Weisen und es waren
den Mannschaften auch sonst kleine Freiheiten
gestattet.

Weimar, 7. Juni. Die Generalversamm-
lung des Allgemeinen deutschen Musikvereins,
die für die Zeit des Konfessionsrat in Weimar be-
stimmt war, wurde, wie die „Weim. Ztg.“ be-
richtet, am 4. d. M. durch den Vorsitzenden,
Generalintendanten v. Bronsart, eröffnet. Dieser
gedachte zunächst in warmen Worten des im Laufe
des letzten Jahres dahingegangenen Dr. Hans
v. Bülow, dessen Andenken die Versammlung durch
Erheben von den Sigen ehrte. Herr Dr. v. Saxe
erklärte den Kaiserbesuch über die bereits re-
vidierte und für richtig befundene Jahresrechnung.
Wir erwähnen daraus nur, daß diese eine Ein-
nahme von 4483 Mark und eine Ausgabe von
3414 Mark, sowie 24115 Mark Vertheilungs-
bestand nachweist. Es wurde Entlastung ertheilt.
An Bülow's Stelle wurde in den Vorstand Herr
Geh. Hofrath Kapellmeister Kleemann zu Gera
gewählt. Vorschläge für den Ort der nächsten
Generalversammlung wurden vorbehalten. Geh.
Hofrath Dr. Gille machte die ertheilte Mitthei-
lung, daß die älteste Schülerin, die Fräulein
Anna und Helene Stahr zu Weimar, bei dem
gegenwärtigen Feste die schon längst gewünschte
Anregung dazu gegeben, dem vereinigten Minister
Franz Kötz ein Denkmal in Weimar zu errichten.
Sie hätten nach und nach Einsparnisse auf der
Sparkasse angelegt, die mit Zinsen 657 Mark be-
trügen und dazu noch weitere 100 Mark, also
zusammen 757 Mark als ersten Beitrag dem
Vorstand übergeben. Der Großherzog habe hier-
von gern Kenntniß genommen und sich bereit er-
klärt, gäter der Sache näher zu treten, insbeson-
dere für einen geeigneten Platz Sorge zu tragen.
Der Vorstand betrachtete sich als das eigentliche
Hauptkomitee in dieser Angelegenheit, es sei aber
zu wünschen, daß durch die auswärtigen Mit-
glieder Anregung zur Bildung von Volkskomitees
gegeben werde. Ueber die künstlerische Ausführung
lasse sich nicht eher etwas sagen, als bis man
übersehen kann, welche Summe zusammenkommen
wird. Zum Schluß wurde dem Generalintendanten
v. Bronsart für seine ebenso umsichtige wie
wohlwollende Leitung des Allgemeinen deutschen
Musikvereins der Dank der Versammlung aus-
gesprochen.

München, 7. Juni. In einer öffentlichen
Volksversammlung wurde gestern ein sieben-
gliedriger Ausschuß gewählt, der in Anbetracht der
in der Lebensmittel-Verwaltung bestehenden Zustände
und eventuell auch anderen Verhältnissen folgende
Forderungen zu unterbreiten hat: Jeder Brauerei-

arbeiter soll die Freiheit des Anschlusses an seine
Organisation haben, zehntägige Arbeitszeit, an-
ständige und humane Behandlung, Erlaubniß,
außerhalb der Betriebsräume zu schlafen, monat-
licher Mindestlohn 100 Mark, zehntägige Sonntags-
arbeit. Bei Verweigerung dieser Forderungen
wird sofort eine zweite Volksversammlung weitere
Schritte beraten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Juni. Den neuesten Pester Nach-
richten zufolge widerstrebt dem Kaiser der Wieder-
eintritt Szilaghi's in das neue Kabinett. Szilaghi
erklärte Abends im Liberalen Klub privatim, daß
er im Interesse der Sache resignire. Der Kaiser
erklärte, wie bestimmt verlautet, Nachmittags dem
zu ihm berufenen Präsidenten des Abgeordneten-
hauses, Banffy, er acceptire jedes Kabinett, doch
ohne Szilaghi; eventuell möge Banffy die Bil-
dung übernehmen. Die Mehrheit der liberalen
Partei stimmt darin überein, daß angesichts der
Erklärung Szilaghi's Bieleke das Kabinett mit
einem anderen Justizminister konstruirt, was auch
erfolgen dürfte.

Belgien.

Der Bau der Kongo-Eisenbahn gestaltet sich
weit kostspieliger, als der Vorschlag annahm.
Die betreffende Gesellschaft konstituirte sich mit
einem Kapital von 25 Millionen Franken, von
welchen die Regierung selbst 10 zeichnete. Aber
schon die ersten 70 oder 71 Kilometer des Baues
verlangten 21 980 000 Franken, so daß die bel-
gische Regierung weitere 10 Millionen vorzulegen,
womit man den Bau auf 175 Kilometer fördern
zu können glaubt. Von diesem Zeitpunkte an
rechnet man auf eine Durchschnittseinnahme von
1 545 000 Franken. Die belgischen Kammern
werden sich demnach mit dem Gegenstande zu
befassen haben.

Antwerpen, 7. Juni. Heute Abend wurde
hier eine große Versammlung abgehalten, in
welcher alle Redner ohne Parteizugehörigkeit gegen
die Einführung von Einfuhrzöllen, welche für den
Hafen von Antwerpen unheilvolle Folgen haben
würden, energisch protestirten.

Frankreich.

Die Frachtgüterbeförderung auf den fran-
zösischen Eisenbahnen läßt vieles zu wünschen
übrig, so vieles, daß den Interessen der französischen
Handels- und Industriezweige daraus eine jäh-
bare Benachtheiligung erwächst. Namentlich in
den letzten Monaten sind von den Handels-
kammern Beschwerden in Masse bei der Re-
gierung eingegangen, welche darlegen, daß die
Unregelmäßigkeiten im Güterverkehr den Charakter
einer öffentlichen Katastrophe angenommen haben.
In Folge dessen hat das Generalpost- und Tele-
graphenamt den Eisenbahndirektionen Weisung
gegeben lassen, durch Vorkehrung geeigneter
Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Güter-
kontrolle sowohl am Aufgange als am Abgange
sorgfältig gehandhabt und dadurch ver-
mieden werde, daß so viel Sendungen in Abgang
gerathen.

Die Präsidenten der republikanischen Gruppen
des Senats haben beschlossen, die Anfrage an den
Ministerpräsidenten Dupuy zu richten, in
welcher Weise er das Gesetz von 1894 über die
Syndikate anzuwenden beabsichtige, und ihn auf-
zufordern, nöthigen Falls einen Entwurf einzu-
bringen, nach welchem dieses Gesetz abzuändern
wäre.

In der Deputirtenkammer interpellirte Etienne
die Regierung über die französische Politik in
Afrika. Der Redner gab einen Ueberblick über
die Ereignisse, welche zum Abbruch der Berliner
Kongratte führten und wies auf die Abmachung
von Harar und den englisch-italienischen Ver-
trag hin, durch welchen die ägyptische Frage
wieder angeregt worden sei. Belgien habe die
von ihm eingegangenen Verpflichtungen verletzt,
es hätte seinen Theil des Kongratte abtreten
dürfen. Die Rechte Frankreichs seien verletzt
worden, er fordere die Regierung auf, deren Be-
rechtigung durchzusetzen. (Wiederholte Beifalls-
rufe.) Deloncle protestirte gegen den Anspruch
Englands, sich des Gebietes des oberen Nil be-
mächtigen zu wollen, dieses Gebiet sei auf
Egypten zurückzugeben. Deloncle beklagt die
Schwäche der französischen Diplomatie. Mi-
nister des Auswärtigen Hanotaux erklärte, er
zögere nicht zu erklären, daß die zwischen
England und dem Kongratte abgeschlossene
Konvention eine Frage des internationalen Rechts
in Afrika herbeiführe und die Rechte Frankreichs
berühre. Die Konvention misachte die bestehen-
den Vorkratte Frankreichs. (Beifall.) Es
handelte sich nicht allein um das Kongratte,
sondern um das Basin des Nil und die Integrität
der Türkei, welche letztere sich auf formelle Akte
stütze, die die Rechte des Sultans auf den
äthiopischen Sudan, sowie die Rechte der Mächte
auf Sidragien feststellten. Die französische Re-
gierung habe in London und Brüssel die be-
stimmtesten Vorbehalte gemacht. Diese Vorbe-
halte seien zuerst nicht berücksichtigt worden;
neuerdings aber habe England sich bereit erklärt,
in Verhandlungen einzutreten. Anzuzweifeln be-
trachte Frankreich die Konvention als null und
nichtig und ohne jede rechtliche Tragweite. (Be-
ifall.) Die Türkei und Deutschland
hätten ebenfalls Vorbehalte gemacht. Frankreich
habe den Willen und die Mittel, seine Rechte zu
vertheidigen. (Beifall.) Verschiedene
Ereignisse seien in Abgang vorgekommen. Die
Agenten des Kongratte hätten auf französischem
Territorium Posten eingesetzt. Die zur Ver-
theidigung der französischen Posten notwendigen
Streitkräfte seien abgeschickt, andere Truppen
würden nachgehen. Die Diplomatie werde die
Pflicht, die Rechte Frankreichs zu vertheidigen,
nicht verabsäumen. Etienne brachte hierauf eine
Ragordnung ein, in welcher es heißt: indem die
Kammer die Erklärung der Regierung billigt
und überzeugt ist, daß die Regierung, gestützt
auf die internationalen Verträge, den Rechten
Frankreichs Achtung verschaffen wird, geht
dieselbe zur Tagesordnung über. Ministerprä-
sident Dupuy billigte diese Tagesordnung. Die-
selbe wurde dann mit 527 Stimmen einstimmig
angenommen.

Italien.

Die Lage in Italien, welche durch das Ent-
lassungsgesetz des Herrn Crispi und seiner Um-
gewissen dem Ansehen nach noch verwickelter ge-
worden ist, könnte rascher, als zu vermuthen stand,
einer Klärung zugeführt werden, wenn die von
der „Agenzia Stefani“ signalisirten französi-
schen Uebergriffe nach Tripolis ihre Bestätigung
finden sollten. Denn die zur Zeit in Italien
herrschende Zwietracht dürfte im Handumdrehen
einem festen Zusammenschluß aller zur Hochhal-
tung der nationalen Ehre entschlossenen Elemente
weichen, wenn in Tripolis etwas geschähe, was
gegen die mit Bezug auf dieses Stück von Afrika
genährten Hoffnungen und Pläne der italienischen
Politik verstoße. Italiens Politik im Allgemeinen
und seine Mittelmeer-Politik im Besonderen hat
keinen gefährlicheren Widerstand und Kontrurrenten
als Frankreich. Die Art und Weise, wie Frank-
reich, unter Verleugnung formell eingegangener
Verpflichtungen, seine Hand auf Tunis legte, ist
in Italien unvergessen geblieben. Zwar konnte
Italien es damals so wenig wie heute auf einen
offenen Bruch mit Frankreich ankommen lassen,
aber die Erkenntniß der wahren Absichten Frank-
reichs im Mittelmeere ist mit der tunesischen Er-
fahrung von Italien zu theuer bezahlt worden,
als daß es irgend eine Regierung in Italien
wagen dürfte, sich in Tripolis abermals von den
Franzosen das Präbivire spielen zu lassen. Diese
Möglichkeit aber, von Frankreich auch um die
Anwartschaft auf Tripolitankien gebracht zu wer-
den, erscheint durch das Vordringen französischer
Truppen auf tripolitankisches Gebiet und Anlegung
von Befestigungen daselbst um so näher gerückt,
als das ganze von den Franzosen aus diesem
Anlage beliebte Verfahren in einem Maße den
Charakter der Heimlichkeitserei trägt, wie es nur
bei solchen Affären der Fall zu sein pflegt,
welche aus irgend einem Grunde das Licht der
Öffentlichkeit zu scheuen haben. Mit anderen
Worten: die Franzosen dürften sich wohl bewußt
gewesen sein, daß sie bei ihren Grenzexpeditionen
nach der tripolitankischen Seite hin weiter vor-
rückten, als in der Ordnung war, sonst hätten sie
wohl kaum ermannet, sich vorher mit der Türkei,
als der souveränen Macht in Tripolis, ins Be-
nehmen zu setzen. Sie unterließen das und
schufen dafür eine Thatsache: den Bau und die
Befestigung von Forts, welche als Vertheidigung
gegen nomadische Wüstenstämme gelten sollen,
ebensoviel aber auch als Operationsbasis für
weiter aussehende Unternehmungen gegen den
tripolitankischen status quo angesehen werden
können. Daß sich Italien bei der Meldung der
„Agenzia Stefani“ ohne Weiteres beruhigen
werde, ist wenig wahrscheinlich, nachdem noch vor
wenigen Wochen vom Regierungssitze aus die
vitalen Interessen des italienischen Staates an der
Festhaltung jedes anderen auswärtigen Einflusses
von Tripolis so nachdrücklich und überzeugend
dargelegt waren. Allerdings, wenn die italieni-
schen Parlamentarier fortfahren, der Welt das
Schauspiel trostloser innerer Zerfahrenheit zu
bieten, können sie nicht erwarten, daß die Kon-
turrenzmacht im Mittelmeere ihre Expansions-
gelüste aus Rücksicht auf Italien in Schranken
halte.

Das Verhalten der italienischen Parlamen-
tarier zeigt eine gewisse Verwirrung mit dem
Verhalten der Vertreter der deutschen Stände auf
weiland dem deutschen Reichstage. Diese konnten
in endlosen Debatten sich ergeben und die Ver-
richtungen immer aufs neue verschieben, wenn sie
die Entdeckung machten, daß einzelne ihrer Mit-
glieder dem Lande nach etiquettenmäßig einen
Hrang beanspruchten, der ihnen nicht zulangt. Ob
hier Sessel purpurfarben ausgeschlagen sein dür-
ften, ob es angängig war, den Purpurmantel des
Gefahren bei den Sessel zu breiten, so daß man
glauben konnte, der Sessel sei mit Tuch von dieser
Farbe überzogen, ob diese Sessel auf dem Teppich
oder an dessen Rande stehen sollten, darüber wur-
den ernsthafte Debatten gepflogen, während des
Reiches Provinzen verloren gingen. Genau so
streiten sich die italienischen Deputirten über
Eintretensfrage, darüber, ob das Ministerium, das
die nothwendige Politik verfolgen soll, bloß das
Eintretens Crispi oder das Eintretens Crispi-Zanar-
delli oder Crispi-Zanardelli-Rubini tragen soll.
Unzweifelhaft glaubt jede Partei, daß sie das In-
teresse des Landes im Auge habe und hat sie es
wirklich im Auge; doch im Eifer vergißt sie das
Land und denkt sie nur noch an die Partei, und
es kann ihr begegnen, daß sie das Land verloren
und verdrückt hat, indem sie die Partei zum Siege
führte.

Rom, 7. Juni. Gerüchlicherweise verlautet,
Crispi werde versprochen, mit Rubini und Zanar-
delli, mit welchen er heute konferrirte, ein Beru-
higungsministerium zu bilden.

Rom, 7. Juni. Crispi ließ Brin telegraphisch
rufen und wird ihn einladen, ins neue Kabinett
einzutreten. Man arbeitet eifrig für eine Kom-
bination Crispi-Zanardelli-Brin.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 7. Juni. In der heutigen
Sitzung des Storting interpellirte Ekeland den
Justizminister bezüglich dessen Rundschriftens, in
welchem betont wird, es sei erwünscht, daß die
Stortingswahlen an wenigen bestimmten Tagen
stattfinden. Ekeland beantragte, daß das Storting
auspreche, daß die Wahlen dem Gesetze gemäß
von den Bezirksbehörden zu den für die einzelnen
Orte passenden Zeiten anberaumt werden sollten.
Der Justizminister verheißte das Rundschriftens,
und erklärte, dasselbe verpflichte die Bezirksbehörden
nicht. Der Antrag Ekeland's wurde mit 62 gegen
50 Stimmen angenommen.

Rußland.

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Petersburg
zugehenden Meldung wird in dem von der
Ministerial-Kommission unter dem Vorsitze des
Senators Plehve vorbereiteten Gesetzentwurf, be-
treffend die Aufnahme fremder Staatsangehöriger
in den russischen Staatsverband, außer dem zehn-
jährigen Aufenthalte in Rußland noch der Nach-
weise einer für das Gemeinwohl oder für natio-
nallye Zwecke förderlichen Wirksamkeit als Haupt-
erforderniß aufgestellt. Die Naturalisation wird
ohne Weiteres allein für den Staatsdienst anzu-
werbenden Ausländern, ferner neuen Kindern von
in Rußland anhängigen auswärtigen Staats-
angehörigen zugesichert, welche in Rußland ge-
boren wurden oder russische Schulen besucht
haben und (in beiden Fällen) innerhalb des
ersten Jahres nach erreichter Volljährigkeit um
die Aufnahme in den russischen Staatsverband
eingeschieden sind.

Wie man des Weiteren dorthier meldet, hat
das Ministerium des Innern die Vorleser der
westlichen Gouvernements angewiesen, der Zu-
nahme des Zustroms von Arbeitern aus den
angrenzenden Staaten entgegenzuwirken. Diese
Weisung bezieht sich selbstverständlich in erster

Linie auf die Grenzprovinzen Oesterreichs und
Preußens, aus welchen alljährlich während der
Erntezeit zahlreiche Arbeiter sich nach den
westlichen russischen Gouvernements zum zeitwei-
ligen Aufenthalt begeben. Im Falle einer strengen
Durchführung dieser Weisung sei eine Einschrän-
kung der den bezeichneten Arbeiter bezügliche
der Passvorschriften gewährt. Bestimmungen
vorauszusetzen.

Rumänien.

Bukarest, 7. Juni. Der König traf heute
Vormittag 11 Uhr 40 Minuten hier wieder
ein und wurde von den Ministern, anderen
hohen Würdenträgern, der Generalität und einer
großen Volksmenge aus das herzlichste empfangen.
In Bistrit beglückte eine aus zweihundert Mann
bestehende Abordnung der Bukarester Studenten-
schaft den König.

Amerika.

Die Botschaft, womit der Präsident von Pa-
raguay Juan G. Gonzalez den Kongress eröffnet
hat, enthält eine Zusammenfassung über die
wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die,
wenn sie nicht schmeichelt, erfreuliche Ausblicke
eröffnet. Die Einfuhr betrug dem Werthe nach:
1891 1 666 000 Dollars, 1892 2 190 000 Dollars
und 1893 2 015 000 Dollars, die Ausfuhr 1891
6 359 000 Dollars, 1892 9 270 000 Dollars und
1893 9 134 000 Dollars, die gesammte Staats-
einnahme 1890 1 736 000 Doll., 1891 1 647 000
Dollars, 1892 2 731 000 Dollars und 1893
5 859 000 Dollars. Mit den Kolonien fremder,
namentlich deutscher Ansiedler stand es wie folgt:
Villa Hayes zählt 814 Bewohner, San Bernar-
dino 941, Presidente Gonzalez 1015, Nueva Germa-
nia 273, Colonia Nisso 230 und Nueva
Australia 420. Ueber die andern Kolonien, näm-
lich Puerto Cabado im Cacateritorium, die
Mayo im Departement Villa Rica, Guillermo
Zell am Mondafuß, Eises Vile bei Concep-
cion und San Antonio in der Nähe der
Hauptstadt Muncion liegen keine Bevölkerungs-
ziffern vor.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. Juni. Der Antrag, das Wahl-
recht zu den Stadtverordneten wäh-
len auch auf die mit einem Einkommen von 660
bis 900 Mark eingesetzten Personen auszudehnen,
welcher bei den hiesigen städtischen Behörden ein-
gebracht ist, beschloß gestern auch die Stadt-
verordnetenversammlung zu Breslau, doch wurde
der Antrag abgelehnt.

— Der Vortags Abends von Podeluch
nach Stettin verkehrende gemischte Zug wird
vom Montag, den 11. d. Mts. ab von Podeluch
erst um 9 Uhr abgelassen werden, so daß derselbe
9 27 Uhr in Stettin eintrifft.

— Auf der landwirtschaftlichen
Ausstellung im Treptower Park bei Berlin
erhielten Erste Preise u. A.: Für Kinder: die
Baltische Herdbau-Gesellschaft zu Greifswald.
Für Pferde: Friedrich v. Hommer-Ranzin
und Frhr. v. Walsahn-Schwarzw. Für
Schafe: Landwirtschaftsminister v. Heyden-
Sadow, v. Below-Zargelin und Flügel-
Blumenhagen. Ferner Frhr. v. Wangen-
heim-M. Spiegel für das Muster eines Naches
aus Torfheerstraße, Schüler-Treptow für
bieneuwirtschaftliche Erzeugnisse und Krüger-
Barts für Fischkonserven. Endlich erhielt
Maschinenfabrikant Paul Schmke-Kneustein die
große bronzene Medaille für einen feuerfesteren
Spinnverschlus.

* Durch Bekanntmachung des Herrn Polizei-
präsidenten wird darauf hingewiesen, daß die
Marienbader Entsetzungs- und Reduktionspfeilen
dem Apothekenverkehr vorbehalten sind und daher
in Drogenhandlungen nicht verkauft werden
dürfen.

* Heute Vormittag gegen 7 1/2 Uhr wurde
die Feuerwehre nach dem Fort Leopold gerufen,
wofelbst im Waghause Nr. 7 der Fußboden,
Balken und Theile des Dachstuhls brannten.
Das Feuer dürfte durch Leute, welche dort ge-
nächtigt haben, angelegt worden sein.

— Am Sonntag veranstaltet der Stettiner
Handwerker-Verein ein größeres Konzert
in Sommerlust, bei welchem neben dem Säng-
chor des Vereins unter Leitung des Herrn Hart
die Kapelle des Artillerie-Regiments (Dir. Herr
Kapellmeister Unger) mitwirkt. Das Programm
ist sowohl im vollen, wie im instrumentalen
Theil sorgfältig zusammengestellt, so daß eine an-
genehme Unterhaltung gesichert ist, außerdem
findet am Abend eine Illumination des Gartens
statt. Trotz der Vieltheiligkeit des Gebotenen kostet
das Entree nur 15 Pf., um Jedermann Gelegen-
heit zu geben, dem Konzert beizuwohnen zu können.

— Dem evangelischen Vereins-
und Gesellenhause sind nunmehr die beiden
Grundstücke an der Ecke der Elisabeth- und
Pajauerstraße übergeben. Die Baupläne sind
fertiggestellt und dem vielfach ausgesprochenen
Wunsche, den großen Hauptaal zu einer Erde in
den Hof zu legen, soll nachgegeben werden. In
Frage steht nur noch, ob es sich verlohnt, daß
unter demselben Keller angelegt werden, d. h. ob
durch deren Vermietung die Kosten der Herstellung
sich mit Sicherheit verzinsen werden. Auch diese
Frage muß in allernächster Zeit zur Entscheidung
kommen, da die einzelnen Arbeiten ohne Säumen
auf Mindestgebot vergeben werden sollen, und wird
dann hoffentlich der Bau sobald beginnen können,
daß er noch in diesem Jahre unter Dach kommt.
Es ist das in hohem Grade wünschenswerth, da
das alte Haus sich immer mehr als viel zu klein
erweist und der in so hohem Maße wachsenden
Anzahl und Bedeutung Stettins durchaus
nicht mehr entspricht. Daß der für unsere Stadt
so wichtige und nothwendige Bau überhaupt mög-
lich wird, ist nächst dem regen Interesse Ihrer
Majestäten des Kaisers und der Kaiserin allein
dem vielbewährten Wohlthätigkeitsstift der Stadt
und Provinz zu verdanken. Das in einer der
nächsten Nummern dieser Zeitung erscheinende
Verzeichniß der Beiträge wird zeigen, was für den
Bau seit der letzten Veröffentlichung wiederum
geleistet resp. gezahlt ist. Immerhin fehlen noch
große Summen und viele Kreise unserer Mitbür-
ger sind noch garnicht beizugehen. Möchten auch
diese für die im wahren Sinne des Wortes ge-
meinnützige, gerade für uns unentbehrlichen Wit-
tennisse so wichtige Sache immer mehr erwärmt
werden und dem Redanten des Kurators, Kaiser Wilhelm-
Straße 38, ihre Gaben oder Zeichnungen freub-

